JUDITH VOLLMER und MAX PLASSMANN

40 Jahre „1968“ – 30 Jahre Studierendenstreik 1977/1978. Studentischer Protest im Spiegel der Plakat- und Flugblattsammlungen des Universitätsarchivs Düsseldorf

Der 40. Jahrestag der Studentenunruhen von 1968 zieht eine Fülle von Publikationen zu diesem Thema nach sich. Die Universität Düsseldorf war in diesem Jahr jedoch alles andere als ein Zentrum studentischen Protestes, so dass es zunächst kaum lohnend erscheint, auch ihr „1968“ zu untersuchen.¹ Abgesehen von einigen wenigen Demonstrationsszügen waren hier – ganz im Unterschied zur Düsseldorfer Kunstakademie – scharfe Auseinandersetzungen zwischen Studierendenvertretern und der Professorenschaft eher eine Erscheinung der 1970er Jahre, die in den Studierendenstreiks des Jahres 1977/1978 gipfelte. Wenn man so will, fand in Düsseldorf „1968“ also mit einer zehnjährigen Verspätung statt. Sinnvoll ist deshalb eine Betrachtung der Zeitspanne zwischen 1968 und 1978, zumal auch die neuere Forschung von der Vorstellung eines singulären Ereignisses „1968“ abrückt und mehr die langfristige Entwicklung studentischen Protestverhaltens in den Blick nimmt. Anhand von Beispielen aus den Plakat- und Flugblattsammlungen des Universitätsarchivs soll daher im Folgenden das studentische Protestverhalten in dieser Zeit beschrieben werden, wobei neben den Inhalten auch die äußere Form, nämlich die mediale Gestaltung in Form von Plakaten, Flugblättern sowie -schriften, Flyern und Ähnlichem zu betrachten ist. Eine genaue typologische Abgrenzung dieser Formen studentischer Publikationen gegeneinander mag dabei unterbleiben. Denn eine diesbezügliche scharfe Trennung geht an der Realität vorbei, in der sich die Typen mischten und die durch die dezentrale Produktion mit einfachen Mitteln und wenig Geld geprägt war und daher nicht mit den Maßstäben gemessen werden kann, die an professionelle Verlagserzeugnisse anzulegen sind.

Das Universitätsarchiv sammelt seit seiner Gründung im Jahr 2001 Plakate und Flugblätter nach Möglichkeit auch retrospektiv. Dass auf diese Weise kein vollständiges Bild der entsprechenden Produktion zwischen 1968 und 1978 entstehen kann, liegt auf der Hand. Häufig sind es Zufallsfunde, die zu einer Ergänzung der Sammlungen beitragen.² Darüber hinaus finden sich in verschiedenen anderen Archivbeständen immer wieder Flugblätter, die dort jeweils zu einem bestimmten Zweck gesammelt wurden.³ Diese Fundstellen sind für die wissenschaftliche Untersuchung besonders wertvoll, weil die Flugblätter hier in ihrem Kontext eingebettet überliefert werden. Das eröffnet deutlich weiter gehende Interpretations- und Auswertungsmöglichkeiten, als sie eine reine, aus Einzelstücken zusammengesetzte Flugblattsammlung bieten kann. Allerdings handelt es sich bei diesem

¹ Vgl. grundlegend Sparing (2003).

² An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass Ergänzungen des Bestandes aus Privatbesitz zum Beispiel ehemaliger Studierender willkommen sind: Universitätsarchiv Düsseldorf, Universitätsstraße 1, Gebäude 23.03, 40225 Düsseldorf, Telefon 0211/81-15635.

³ Zum Beispiel legte die Universitätsverwaltung 1977/1978 zwei Akten mit Flugblättern an, um die Streikbewegung zu dokumentieren: Universitätsarchiv Düsseldorf I/5, 311–312.

Kontextbezug in aller Regel nicht um den des Produzenten. Studentische Gruppen mit ihrer flüchtigen Mitgliederstruktur und ihrer geringen Affinität zu einer geregelten Administration hinterlassen in den meisten Fällen keine Unterlagen, die den Entstehungsprozess eines bestimmten Flugblatts oder Plakats direkt nachvollziehbar machen würden. Der Kontextbezug bezieht sich daher in aller Regel auf einen Rezipienten, wenn zum Beispiel ein Professor, der direkt angegriffen wurde, die ihn betreffenden Flugblätter aufbewahrt hat. Auch hier bietet sich daher nur die Außenperspektive, was aber auch dem Medium selbst geschuldet ist: Es ist ja gerade dafür produziert worden, als Einzelstück auf andere zu wirken und bei ihnen etwas zu bewirken, ohne dass ihm weitere Informationen über die genauen Überlegungen der Urheber beigegeben werden müssen. Die Untersuchung der Außenperspektive, der Wirkung beziehungsweise Nichtwirkung, ist daher von genauso großem Interesse wie die der Produzentenperspektive.

Studentische Flugblätter und Plakate wurden in aller Regel – jedenfalls im hier betrachteten Zeitraum – kostengünstig und mit technisch einfachen Mitteln produziert. Dominierend sind hand- oder maschinenschriftlich verfasste Vorlagen mit einfachem Layout, die über einen Kopierer oder als Hektografie vervielfältigt wurden.⁴ Schrift und einfache Strichzeichnungen sind daher meist entweder als Kopie schwarz oder als Hektografie blau, während Farbigkeit oft nur durch die Nutzung eines farbigen Papiers erreicht werden konnte, auf das kopiert wurde. In eher seltenen Fällen ist auch ein zweifarbiger Druck zu finden, der dann auf eine bessere auch finanzielle und technische Ausstattung der dahinterstehenden Gruppe hinweist. Ästhetisch oder künstlerisch können studentische Flugblätter und Plakate daher in aller Regel nicht mit professionellen Produkten etwa der Werbung oder der Parteien konkurrieren. Auf der anderen Seite finden sich viele Beispiele von Spontanität und Kreativität, mit denen das Beste aus den einfachen Möglichkeiten gemacht wurde.

Die politische Flugblattproduktion der späten 1960er und der 1970er Jahre ist vor dem Hintergrund der Debatten um die Studien- und Hochschulreform in dieser Zeit zu sehen. Hier steht der von Seiten der politisch aktiven Studierenden vorgebrachte Anspruch im Vordergrund, im Rahmen einer demokratisierten Universität in den akademischen Gremien möglichst breit mit Sitz und Stimme vertreten zu sein, also die althergebrachte Ordinariatenuniversität durch die Gruppenuniversität abzulösen, deren Verfassung alle Gruppen von Hochschulmitgliedern als weitgehend gleichberechtigte Partner ansieht. Dieser Anspruch der Studierenden, aber auch vieler Vertreter des akademischen Mittelbaus, traf sich mit den Zielen der Landesregierung, die über die Hochschulgesetzgebung ebenfalls die Gruppenuniversität einforderte, wenn auch nicht so weitgehend wie die Studierenden. Die Gruppe der Ordinarien beziehungsweise Lehrstuhlinhaber sah sich also in ihrer Stellung von zwei Seiten bedroht, was allerdings nicht bedeutete, dass die Studierenden Hand in Hand mit dem Ministerium arbeiteten. Denn ihr Protest richtete sich auch gegen die mangelhafte personelle und finanzielle Ausstattung der im Aufbau begriffenen Düsseldorf-Universität, und hier ergab sich durchaus eine in der Praxis indes kaum zum gemeinsamen Vorgehen genutzte Interessenidentität mit der Hochschulleitung. Wichtige Themen der studentischen Gruppen waren darüber hinaus soziale und wirtschaftliche Fragen, Wohnraummangel und

⁴ Das gilt für die Produktion vor Ort. Neben dieser wurden auch technisch anspruchsvolle Produkte der übergeordneten Landesverbände oder Mutterparteien in Umlauf gebracht, die hier jedoch nicht betrachtet werden sollen.

die Forderung nach einem allgemeinen politischen Mandat für Studierendenvertreter, also nach dem Recht, auch zu allgemeinen politischen Fragen Stellung zu beziehen. Diese Probleme und Forderungen fanden sich in dieser Zeit bundesweit an nahezu allen Hochschulen. Die Düsseldorfer Besonderheit war dabei das Fehlen einer aktuellen Universitätsverfassung. Man arbeitete bis in die frühen 1980er Jahre hinein mit der provisorisch den neuen Verhältnissen angepassten Satzung der Vorgängerin der Universität, der Medizinischen Akademie Düsseldorf, aus dem Jahr 1930. Die Arbeit an einer modernen Verfassung oder Grundordnung scheiterte nach deren Umwandlung in die Universität 1965 immer wieder an langwierigen universitätsinternen Debatten, die zu keiner Einigung führten, aber viel mehr noch daran, dass die Hochschulgesetzgebung im Fluss war. Da man eine neue Grundordnung möglichst im Einklang mit dem Hochschulrecht erarbeiten wollte, wurden die Verfassungsdiskussionen durch die lange Zeit unklare Rechtslage immer wieder verzögert. Erst als die Verabschiedung des Hochschulgesetzes schließlich 1977 unmittelbar bevorstand, erreichte der studentische Protest in Düsseldorf daher seinen Höhepunkt. Erst jetzt mussten die zuvor schwelenden Konflikte tatsächlich ausgetragen werden, damit die jeweils eigene Position Berücksichtigung fand. In zwei Streikwellen versuchten die Studierenden deshalb 1977 wie an anderen Hochschulen auch, ihre Standpunkte durchzusetzen. Dies gelang jedoch nur unzureichend, weil zum einen die Studierendenschaft nicht geschlossen auftrat und zuletzt die radikaleren Gruppierungen stark an Rückhalt verloren. Zum anderen lief der Streik ins Leere, weil er zwar die Universität erschütterte, aber nicht zu einer Änderung der Rahmenbedingungen in Form der Hochschulpolitik und -gesetzgebung des Landes führen konnte. So verlief sogar dieser Höhepunkt studentischer Unruhe in Düsseldorf letztlich relativ harmlos. Der Vergleich mit dem Jahr 1968 zeigt dennoch eine zunehmende Radikalisierung wenigstens des sich öffentlich artikulierenden Teils der Studierendenschaft. Damals war der Protest eher verhalten ausgefallen, der damalige AStA-Vorsitzende entschuldigte sich sogar fast dafür, dass man überhaupt aktiv wurde. Für ihn stand eine sachbezogene, nicht aber eine grundsätzliche oder ideologische Debatte im Vordergrund. Er selbst begründete diese gering ausgeprägte Radikalität damit, dass im Jahr 1968 noch hauptsächlich Medizinstudierende in Düsseldorf eingeschrieben waren, die zu weniger Protest und Diskussion als die Geisteswissenschaftler neigten. Er stand auch in den folgenden Jahren mit der Ansicht nicht allein, dass die wachsende Radikalisierung studentischer Gruppen in Form von teilweise sehr scharfen Angriffen gegen einzelne Professoren mit dem starken Wachstum der Philosophischen Fakultät in dieser Zeit in Verbindung stand. Die Gleichsetzung von Geisteswissenschaftlern mit politischen Unruhestiftern ist jedoch nur zum Teil haltbar: Zum einen beteiligten sich längst nicht alle Studierenden der Philosophischen Fakultät an den Protesten – unter anderem daran scheiterte ja die Streikbewegung 1977/1978 –, und zum anderen kam Protest auch immer wieder aus den anderen Fakultäten, so zum Beispiel die spektakuläre Störung der Einweihungsfeier der MNR-Klinik im Jahr 1985 durch Medizinstudierende. Darüber hinaus stellt sich die Frage, inwieweit die in den Flugschriften zu beobachtende Radikalisierung tatsächlich allgemeine Verbreitung in der Studierendenschaft fand.

Inhaltlich fällt in den Flugschriften häufig das Bemühen auf, die tatsächliche oder vorgebliche Position der Studierendenschaft argumentativ in einem vergleichsweise langen Text zu begründen, anstatt sich auf wenige, eingängige Parolen zu beschränken. Indes gelingt dies häufig nicht wirklich, denn die Kernargumente bestehen ihrerseits aus apo-

diktischen Aussagen, die nicht weiter begründet werden. Auch fehlt in der Regel die Diskussion eines entscheidenden Punktes, nämlich des Umstandes, dass auch die für die Studierendenschaft sprechenden Gruppen keineswegs demokratisch legitimiert waren. Hier zeigt sich, dass die Trägerschaft der Studierendenproteste tatsächlich wohl nicht die Studierendenschaft insgesamt war, sondern aus Gruppierungen bestand, die unter nicht immer gelungener Übertragung von ideologischen Versatzstücken meist marxistischer und sozialistischer Provenienz die Universität als eine Art Labor des Klassenkampfes ansahen und nutzten. Der Umstand, dass sehr häufig gerade die am schärfsten formulierten Protestflugblätter nicht namentlich gezeichnet waren, die Radikalität also in der Anonymität gepflegt wurde, zeigt aber auch, dass es hier nicht ernsthaft um Revolution und Umsturz der Gesellschaft ging. Denn so wurden persönliche Konsequenzen vermieden, die den eigenen Weg in das Establishment hätten behindern können.

Es muss indes weiteren Forschungen vorbehalten bleiben, diese Probleme intensiver zu untersuchen. Als Einstieg und Anregung dazu sollen im Folgenden einige typische Beispiele studentischer Flugschrift-, Flugblatt- und Plakatproduktion aus dem Jahrzehnt zwischen 1968 und 1978 aus den Beständen des Universitätsarchivs vorgestellt werden.

Den Anfang macht ein Aushang, der vom Schwarzen Brett des Seminars für Klassische Philologie entfernt wurde (Abb. 1). Er stammt nach seinem Überlieferungszusammenhang aus den Jahren 1969 bis 1971. Er ist ein typisches Beispiel für gleich mehrere Formen studentischen Protests in dieser Zeit. Ins Auge fällt zunächst die satirisch gemeinte Verwendung eines fingierten Briefkopfs des Wissenschaftsministeriums⁵, der gleichwohl auf den ersten Blick als fingiert zu erkennen ist. Satirisch gemeint ist auch die Signatur „B. E. Klopt“, die in dieser Zeit von einem oder mehreren Studierenden im Seminar für Klassische Philologie verwendet wurde. Der Umstand, dass sie nicht einer konkreten Person oder Gruppe zuzuordnen ist, verweist darauf, dass es hier nicht um das Erreichen bestimmter politischer Ziele geht, zu denen sich die sie tragende Gruppe offen bekennen wollte, sondern eher um eine Stimmungsmache, die sich sowohl gegen das Ministerium als auch gegen die Lehrstuhlinhaberin richtete. Es ging also um die Erzeugung und Stabilisierung einer grundsätzlichen, auch ins Persönliche gehenden Protesthaltung. Ein solcher Angriff gegen eine bestimmte Professorin oder einen bestimmten Professor ist typisch für einen Teil der studentischen Flugblattproduktion: Neben der Verfolgung übergeordneter politischer Ziele stand immer auch die direkte Auseinandersetzung im lokalen Umfeld eines Instituts oder Lehrstuhls, die völlig unpolitisch und rein persönlich oder fachbezogen sein konnte, die aber auch als Form der Untergrabung der Autorität eines Ordinarius Teil des Kampfes um die Gruppenuniversität war. Allerdings deutet einiges darauf hin, dass derartige persönliche Attacken letztlich kontraproduktiv waren, denn sie trugen auf Seiten der Angegriffenen zur Ausbildung einer Abwehrhaltung bei, die die an der jungen Düsseldorfer Universität ursprünglich vorhandenen Anknüpfungspunkte zu einer gruppenübergreifenden konstruktiven Zusammenarbeit teilweise wieder verschüttete.

Bei Abbildung 2 handelt es sich wie bei Abbildung 1 um einen Aushang aus dem Seminar für Klassische Philologie. Es ist eine Hektografie auf dem dafür typischen gelblichen Papier mit den typischen bläulichen Schriftzügen. Das deutet darauf hin, dass dieses Blatt

⁵ Das Ministerium für Wissenschaft und Forschung wurde 1970 gebildet, jedoch war seine Gründung schon zuvor in der Diskussion, so dass eine Datierung des Aushangs auf das Jahr 1969 möglich ist.

Abb. 1: Aushang in Form eines fingierten Erlasses des Wissenschaftsministeriums aus dem Seminar für Klassische Philologie, circa 1969 bis 1971 (Universitätsarchiv Düsseldorf 7/18, 34)

Amtliche Bekanntmachungen

der Universität Düsseldorf

Studenteninitiative zur Bekämpfung der Inflation in der BRD durch
Schließung des Seminars für Klassische Philologie an der Universität
Düsseldorf

angesichts der inflationären Tendenzen, zu denen die öffentliche Hand
(in unseren Taschen) einen ständigen Beitrag leistet, rufen wir alle
Angehörigen der Universität auf, mit ihrer Unterschrift unsere Initiativ-
tive zur Abschaffung des Seminars für Klassische Philologie zu unter-
stützen. Auf diese Weise können mehrere 10.000 DM pro Jahr allein in
der Phil. Fak. gespart werden.
Unser Motto: Vereint gegen Inflation und Reaktion!!!!!!

(Die Unterschriftenlisten werden Willi Rau zugestellt werden. Der Chi-
nesische Botschafter in der Bundesrepublik hat die Schirmherrschaft
über unsere Initiative übernommen,)

Hier bitte eintragen:

Name	Vorname	Anschrift	Studienfach u. Sem.
<p>Vorschläge zur Ausdehnung der Aktion auf andere Fachrichtungen bitten wir an folgende Kontaktadresse zu leiten: An den Rektor der Hochschule für Landwirtschaft 7 Stuttgart - Hohenheim Haberfeldstraße 218 z. H. Herrn Dr. R. E. Klönk</p>			

Abb. 2: Unterschriftenaktion im Layout der „Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Düsseldorf“ aus dem Seminar für Klassische Philologie, circa 1969 bis 1971 (Universitätsarchiv Düsseldorf 7/18, 34)

tatsächlich in größerer Auflage produziert und verteilt wurde, wenngleich auch nichts über einen Rücklauf ausgefüllter Unterschriftenbögen bekannt ist. Wahrscheinlich trug die Aktion auch zu sehr satirische Züge, als dass Studierende sie als ernst gemeinte Kampagne wahrnehmen und unterstützen konnten. Urheber ist wie im ersten Beispiel der anonyme „B. E. Klopt“ oder die hinter dieser Signatur stehende Gruppierung. Die Aktion nimmt die Schwierigkeiten der Aufbausituation der Klassischen Philologie wie auch der ganzen Philosophischen Fakultät um 1970 auf, als Personal- und Raummangel zum Teil eine geordnete Lehre gefährdeten.

Mit Flugschriften wie der in Abbildung 3 gezeigten transportierten Studierendenvertreter zugleich aktuelle Informationen und Protest gegen Fakultätsbeschlüsse. Dabei ging es nicht allein um konkrete Probleme wie beispielsweise die Inhalte von Studienordnungen oder überfüllte Lehrveranstaltungen, sondern in dieser Zeit stets auch um die grundsätzliche Frage, ob und, wenn ja, wieweit die verschiedenen akademischen Gremien demokratisch legitimiert waren. Die Forderung nach weiteren Sitzen und Stimmen wurde so von Studierenden laufend erhoben, wobei das Maximalziel die so genannte Drittelparität war, also die Vorstellung einer gleichen Stimmenzahl von Ordinarien, Assistenten und Studierenden. Von solchen Verhältnissen war man 1971 tatsächlich weit entfernt, weil ja formal noch die alte Satzung der Medizinischen Akademie von 1930 fortbestand. Zwar war sie immer wieder modernisiert worden, insbesondere dadurch, dass überhaupt Studierende zu den verschiedenen Gremien zugelassen wurden. Denen ging dieses Entgegenkommen nicht weit genug, jedoch fehlte ihnen die Macht, sich mit ihren Ansprüchen durchzusetzen. Die Ankündigung von „Kampfmaßnahmen“ ist Ausdruck dieser Ohnmacht und gleichzeitig eine Vorausdeutung auf die späteren „Streiks“ der Studierenden. Beide Begriffe sind deutlich aus dem Bereich des Arbeitskampfes in der Industrie entlehnt, ebenso wie der der Solidarität. Dies ermöglicht nicht nur, die hier wortführenden Gruppierungen dem linken Lager zuzuordnen, sondern verweist auch auf deren Strategie, eine Solidarisierung von Studierenden und Arbeitern zu erzeugen. Die Verbindung beider Gruppen war zum einen rein ideologischer Natur, ergab sich aber auch durch die Politik der massiven Erweiterung der Studiermöglichkeiten auch für Kinder aus bislang bildungsfernen Schichten.

Grafisch und technisch zeigt das Titelblatt dieser Flugschrift den Verzicht auf die Schreibmaschine zugunsten gemalter und gezeichneter Buchstaben im Stil der Zeit. Da jedoch eine farbige Vervielfältigung nicht möglich war, erscheint die möglicherweise farbenfrohe Vorlage hier in Graustufen und in einer mangelhaften Qualität.

Die vorherige Flugschrift hat aus einer per Kopie verbreiteten Resolution (Abb. 4) des Fakultätsausschusses der Philosophischen Fakultät – also eines informellen studentischen Gremiums – vom 21. Mai 1971 gekürzt zitiert. Wie oben richtet sich der Protest gegen die als zu gering angesehene Repräsentation der Studierenden und der Assistentenschaft in den Gremien der Fakultät, verbunden mit dem Vorwurf einer reaktionären und damit fortschrittsfeindlichen Haltung der Professorenschaft. Dieser Vorwurf muss gerade in der Philosophischen Fakultät zwar als in dieser Pauschalität unbegründet betrachtet werden, denn hier war eine ganze Reihe von jungen Lehrstuhlinhabern bestrebt, die Studierenden in Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Jedoch auch sie mussten sich schon aus Gründen der juristischen Verantwortung etwa für Personal- und Finanzfragen allzu weitgehenden Forderungen verschließen. Dass die Studierenden dies als „Brüskierung“ empfanden, anstatt das Entgegenkommen innerhalb der Grenzen des Machbaren anzuerkennen, hat sicherlich

RESOLUTION

des Fakultätsausschusses der Philosophischen Fakultät der Universität
Düsseldorf, beschlossen auf der Sitzung vom 21.5.1971.

Mit Empörung hat die Studentenschaft der Phil.Fak. der Universität
Düsseldorf die Beschlüsse der Fakultätssitzung vom 18.5.1971 aufgenommen.

Die Entscheidungen der Fakultätssitzung gegen eine Erhöhung der Betei-
ligung von Studenten und Assistenten in den Berufungskommissionen kann
nicht anders verstanden werden als eine unglaublich selbstherrliche
Zurschaustellung der Macht konservativer Ordinarien, die kurz vor Inkraft-
treten des Hochschulrahmengesetzes (das - so reaktionär es überhaupt
auch sein mag - gemessen an den hiesigen Verhältnissen der Phil.Fak.
geradezu fortschrittlich zu nennen ist) noch einmal ihre in Düsseldorf
bislang unangestasteten Privilegien voll und allein zu ihren Gunsten aus-
schöpfen wollen.

Die Berufungspolitik ist das in Zukunft zentrale Mittel der Planung von
Forschung und vor allen Dingen von Lehre zumal an einer noch wachsenden
Universität wie Düsseldorf. Gerade dabei verstärkte studentische Mit-
bestimmung von vornherein auszuschließen, das bedeutet von Seiten der
Professoren die offene Erklärung für die Beibehaltung undemokratischer,
autoritärer Strukturen an der Universität.

Es ist die ungeheuerlichste Brückierung, die Studenten an der Phil.Fak.
von Seiten der Fakultät jemals erfahren haben. Die allein und massiv von
solch autoritärer Berufungspraxis (in den Kommissionen sitzen n- Profes-
soren, ein Assistent und ein Student) Betroffenen - nämlich die Studenten
- werden damit die Opfer einer allein und ausschließlich von reaktionären
Ordinarieninteressen bestimmten Studienplanung.

Doch die Freiheit der Forschung und Lehre bedeutet auch die Freiheit
des Lernens und damit die Freiheit des Lernenden. Dieser Freiheit
sollen die Studenten der Phil.Fak. beraubt werden (bzw. bleiben), wenn
es nach den Wünschen der Ordinarien ginge.

Die nicht anders als gewaltsam zu nennende Verweigerung des Rede-
rechts für die betroffene Öffentlichkeit (Studenten und Assistenten)
in jener Fakultätssitzung ist Zeichen einer offenbar grundsätzlich
bei den Ordinarien der Phil.Fak. vorhandenen Tendenz, die Einführung
selbstverständlicher demokratischer Entscheidungsprozesse, an denen
alle Betroffenen beteiligt sind, zu verhindern.

Die Studentenschaft wird sich Derartiges in Zukunft nicht länger ge-
fallen lassen. Sie wird mit allen Mitteln - und sie ist sich hierbei des
solidarischen Vorgehens der Assistenten gewiß - versuchen, mindestens die
Drittelparität in den Berufungskommissionen einzuführen.

Die Studentenschaft hat sich zu Kampfmaßnahmen entschlossen.

Wichtige Termine für weitere Aktionsbesprechungen:

- Jeden Montag, 19 Uhr, German.Seminar, Cafeteria (Erdgeschoß).
Treffpunkt der Sozialistischen Hochschulgruppe (S H G).
- Donnerstag, 27.5., 10 Uhr, German.Seminar (3.Stock), Assistenten-
vollversammlung.
- Freitag, 28.5., 19 Uhr, German.Seminar (3.Stock), außerordentliche
Sitzung des Fakultätsausschusses.

Abb. 4: Resolution des Fakultätsausschusses der Philosophischen Fakultät, 1971 (Universitätsarchiv
Düsseldorf 8/1, 629)

bei manchem der so als reaktionär verunglimpften Lehrstuhlinhaber einen Rückzug von ihrem vorherigen Engagement für eine studentische Beteiligung bei Entscheidungsprozessen bewirkt.

Das Titelblatt einer Fachschaftspublikation aus dem Jahr 1975 (Abb. 5) zeigt ein weiteres Element der grafischen Gestaltung mit einfachen Mitteln, durch die ein ansprechenderes Aussehen erreicht werden sollte. Neben die per Hand und Zeichenstift mehr oder minder professionell hergestellten Schriftzüge tritt eine kopierbare bitonale Strichzeichnung. Häufig wurden solche Zeichnungen nicht selbst angefertigt, sondern aus Vorlagen wie Comicheften oder anderen politischen Publikationen herauskopiert und gegebenenfalls ergänzt. Ob es sich im vorliegenden Fall um eine selbst angefertigte Zeichnung oder eine solche Kopie handelt, ist nicht feststellbar. In jedem Fall lehnt sie sich jedoch an die Comicreihe *Asterix und Obelix* an, indem sie streitbare gallische Krieger zeigt, die bewaffnet auf einen nicht sichtbaren Gegner zustürmen. Die in den Sprechblasen angebrachten Parolen stellen die Verbindung zu Studierendenprotesten her, denn diese Gallier fordern ein „Tutorenprogramm“, eine „bessere Ausbildung“, „neue Lehrstühle“ (also die Verbesserung der Lehre) sowie „mehr BAFÖG“ (also eine Verbesserung der wirtschaftlich-sozialen Lage), und sie sind schließlich „gegen das LABG“ (also gegen das Lehrerausbildungsgesetz). Diese Mischung der Forderungen ist durchaus typisch, und sie zeigt ein grundsätzliches Problem der Studierendenproteste: Diese wurden zwar inneruniversitär vorgebracht, aber die Universität hatte keine oder nur sehr begrenzte Möglichkeiten, die Forderungen zu erfüllen. Sie konnte weder die Gesetzgebung direkt beeinflussen noch die BAFÖG-Sätze bestimmen oder aus sich selbst heraus neue Lehrstühle schaffen, und selbst die Auflegung eines Tutorenprogramms war jedenfalls in den 1970er Jahren im größeren Stil nur durch die Zuweisung von Landesmitteln möglich. Der Protest im Innern der Publikation richtet sich folgerichtig an die Landesregierung, wobei eine Verengung auf die Inhalte des Studiums stattfindet: Kernaussage ist hier der Vorwurf, dass die Rahmenbedingungen des Studiums dem kapitalistischen Wirtschafts- und einem bürgerlichen Wissenschaftssystem dienen. Dem wird eine fortschrittliche, gemeint ist eine linksgerichtete, „kritische“ Ausbildung gegenübergestellt, die allein die Qualität künftiger Lehrer sichern könne. An dieser Stelle weist der eigentlich an das Land gerichtete Protest wieder auf die Universität selbst beziehungsweise die Lehrenden zurück, denn er beinhaltet auch den Vorwurf an sie, das wie auch immer verstandene Gegenteil von einer fortschrittlichen Wissenschaft und Lehre zu vertreten.

Eine ebenfalls von der Fachschaft Germanistik produzierte Publikation aus dem folgenden Jahr (Abb. 6) zielt inhaltlich auf die gleichen Protestpunkte ab. Die dargestellten Marionetten sollen hier zeigen, dass die Form der Ausbildung, gegen die man sich wendet, statt fortschrittlicher kritischer Geister ferngelenkte Marionetten erzeuge. Grafisch handelt es sich um ein Beispiel einer vergleichsweise aufwändigen Herstellungstechnik, denn neben das übliche Schwarz-Weiß tritt eine in roter Farbe ausgeführte Überschrift. Auch die relativ gute Qualität der Marionettendarstellung lässt vermuten, dass hier ausreichend Mittel für die Nutzung einer wenigstens semiprofessionellen Druckerei zur Verfügung standen.

Als 1977/1978 die Diskussionen über ein neues Hochschulgesetz auf Landes- und Bundesebene konkret wurden, initiierten studentische Gruppen im ganzen Land so genannte „Streiks“, womit erneut die Anbindung an die Terminologie der Arbeiterbewegung ge-

Abb. 5: Fachschaft Germanistik, Info Juni 1975 (Universitätsarchiv Düsseldorf 8/1, 660)

Abb. 6: Fachschaftszeitung Germanistik, Juni 1976 (Universitätsarchiv Düsseldorf 8/1, 661)

STREIK

POSTILLE

11.5.77

Studenten arbeiten in „Gegen-Hochschule“

Professoren standen vor leeren Bänken

Rhein.
Post
10.5.77

Umweltschutz diskutiert / Rektor: Sachlich bleiben!

Von unserem Redaktionsmitglied Karlheinz Welkens

Die Studenten der Universität haben gestern, am ersten Tag ihres Vorlesungs-Boykotts, eine „Demokratische Gegen-Hochschule“ aufgemacht. Mit einem Unterrichtsprogramm wollen sie demonstrieren, was sie unter einer proxiorientierten Ausbildung halten zum Unterschied von der „Massenausbildung am Fließband“, wie sie in den neuen Hochschulgesetzen vorgesehen sei. Bei diesem „aktiven Streik“ werden Probleme des Umweltschutzes, eine Rheinwasser-Analyse, Sicherheitsfragen in Atomkraftwerken und sozialpolitische Komplexe wie die Arbeitslosigkeit – zum Teil mit Gastreferenten – erörtert. Die Universität antwortet auf den Streik mit dem unveränderten Angebot des vollen Lehrprogramms. Weder Hochschullehrer noch Studierwillige dürften behindert werden, erklärt Rektor Prof. Suchy.

Ähnlich wie die Medizinstudenten wenden sich auch die Studenten der gestern erstmals streikenden Philosophischen und der Naturwissenschaftlichen Fakultät in der Hauptsache gegen die von den Hochschulgesetzen her drohende Verschlechterung der Ausbildung und damit sinkenden Berufschancen. Insbesondere die Regelstudienzeit wird scharf abgelehnt. Bisher brauchten junge Naturwissenschaftler im Durchschnitt etwa zwölf Semester, um mit dem stets wachsenden und rasch veraltenden Stoff fertig zu werden. Nach der künftig geplanten Einheitsausbildung in acht Semestern, so Studentensprecher, werde der Hochschulabsolvent mit Diplom so schlecht ausgestattet sein, daß er schon nach wenigen Jahren um seinen Job fürchten müsse – wenn er den hohen Anforderungen überhaupt gerecht werden könne.

Bei der Beschäftigung mit aktuellen Fragen wollen die jungen Leute zweierlei beweisen: Daß sie während ihres Boykotts nicht faulenzten, und daß sie durchaus in der Lage sind, eigene Beiträge für Stoff und Methodik des Hochschulunterrichts beizusteuern. Intensiver als bisher werden nach Angaben des ASIA die Gewerkschaften an diesen Aktivitäten teilnehmen. So auch bei der Diskussion um die Zusammenhänge der Massenarbeitslosigkeit, bei der heute abend (19 Uhr) in der Neuen Mensa Prof. Hufschmidt, Bremen, sein Gegen-Gutachten zum Gutachten der fünf Weisen erklären will.

Sachlichkeit sollte auch während des Vorlesungsboykotts obwalten, erklärt Rektor Suchy in einem Flugblatt. Die Ziele der Streikaktionen, die Beeinflussung gesetzgeberischer Maßnahmen, sollten „nicht in unserer Universität liegen“. Der Weg zur Durchsetzung dieser Ziele über einen Vorlesungsboykott treffe zwangsläufig den gesamten Lehrbetrieb. Bei etwaigen Auseinandersetzungen über die Durchführung von Lehrveranstaltungen sollten alle Beteiligten sich um Sachlichkeit bemühen. Der Rektor wiederholt seine Mahnung, daß es bei dem Versäumen von Veranstaltungen für den verantwortlichen Hochschullehrer schwer sei, etwa „Leistungen positiv zu bewerten, die nicht erbracht worden sind“.

DGH: 10³⁰ HS 3F

Verantwortung des Lehrers und Friedenssicherung:

Diese Veranstaltung untersucht, in welchem Ausmaß die Schulbücher und auch die Lehrerausbildung den Zielen des Grundgesetzes und den antifaschistischen Neuordnungsvorstellungen nach der Zerschlagung des Faschismus widerspricht. Als Referenten sprechen:

E. Rossmann
– Vorstand der DFU
(= Deutsche Friedensunion)

W. Hagoeckemann
– Landesvorsitzende DFG/VK

J. Ippers
– Werkkreis Literatur der Arbeitswelt

MSB – Vertreter
SHB – Vertreter

Muckmaus-Schwoof Alte Mensa 11

Abb. 7: Streikpostille 9, 1977 (Universitätsarchiv Düsseldorf 1/5, 311)

sucht wurde. Diese Bewegung wurde hochschulübergreifend wenn nicht geleitet, so doch koordiniert, wozu mittlerweile ein breites Spektrum von Dachverbänden beziehungsweise Mutterparteien und -organisationen von Hochschulgruppen zur Verfügung stand. Gleichzeitig gelang es hier, die Unterstützung von Gewerkschaften für die studentischen Anliegen zu gewinnen, wenngleich dies auch in der Praxis nicht von ausschlaggebender, sondern nur von symbolischer Bedeutung war.

Die erste Streikwelle fiel in den Mai 1977. In Düsseldorf wurde dazu eine eigene Streikzeitung, die *Streikpostille* (Abb. 7), aufgelegt. Formal und technisch finden sich hier die Elemente wieder, die schon zuvor beobachtet werden konnten: ein aus Maschinenschrift, zusammenkopierten Elementen und händischer Arbeit zusammengefügtes Layout, wobei das Einfügen eines vollständigen Artikels aus einer Tageszeitung hinzutritt. Inhaltlich blieb es bei alten Forderungen, wobei die in Entwürfen des Hochschulgesetzes vorgesehene Regelstudienzeit auf besonders harten Widerstand traf. Daneben ging es in dieser Zeit um das „allgemeinpolitische Mandat“ von Studierendenvertretern, die ihrer Selbstwahrnehmung als progressive gesellschaftliche Elite gemäß auch über die Universitäten hinaus tätig werden wollten.

Typisch ist schließlich die am unteren Ende des Blatts zu findende Verbindung zwischen Protest und Feier, die der ganzen Bewegung einen auch für viele eher unpolitische Studierende attraktiven Charakter gab.

Der Streik vom Mai 1977 blieb zwar politisch folgenlos, und schon im Wintersemester 1977/1978 verebbte die Unterstützung der Studierendenschaft für einen weiteren Streik soweit, dass die Aktionen schließlich abgebrochen werden mussten, zumal sogar der AStA mit einem Polizeieinsatz gegen den in seinen Augen illegalen Streik gedroht hatte. Für einige der Streikaktivisten hatte ihr Einsatz jedoch ein persönliches Nachspiel in Form von Strafanzeigen wegen Hausfriedensbruch und Nötigung. Die Rücknahme dieser Anzeigen wurde deshalb zu einer zentralen Forderung der Aktionen im Wintersemester 1977/1978. Die in der Titelzeile des *Studenten-Anzeigers* (Abb. 8) eingefügte Karikatur des damaligen Rektors, Univ.-Prof. Dr. Kurt Suchy, der in seiner amtlichen Funktion die Anzeige gestellt hatte, zeigt, wie sehr die Auseinandersetzung auf Seiten der studentischen Aktivisten als persönlicher Konflikt gesehen wurde. Es gelang dem radikalen Streikrat jedoch nicht, eine ausreichende Zahl von Studierenden für seine Ziele zu gewinnen. Das Plakat, das die „Urabstimmung“ ankündigt (Abb. 9), führt indes unter den Forderungen wie selbstverständlich den Universitätsnamen „Heinrich-Heine-Universität“ an, obgleich es noch mehr als zehn Jahre dauern sollte, bis sie tatsächlich diesen Namen trug. Diese informelle, vorgezogene Umbenennung durch die Studierendenschaft war ein viel gebrauchtes Protestmittel, denn mit Heine setzte man der als verkrustet und konservativ wahrgenommenen Ordinarienuniversität eine fortschrittliche Symbolfigur entgegen. Studentische Aktionen, die die Umbenennung fördern sollten, bildeten losgelöst von den bundes- und landespolitischen Entwicklungen eine spezifische lokale Ausprägung von Protest in Düsseldorf, zumal die Frage ja tatsächlich auch inneruniversitär zu entscheiden war. Die letztendliche Umbenennung ist sicher nicht nur, aber auch dem beharrlichen Engagement von Studierendenvertretern zu verdanken. Der Namensstreit ist daher ein gutes Beispiel für die Erfolgsmöglichkeiten von Protest, wenn er sich auf Fragen konzentriert, die vor Ort zu klären und zu entscheiden sind.

STUDENTEN ANZEIGER

Informationen des Komitees gegen die Strafanzeigen · Nr.1

Jetzt schon 4 Anzeigen!

Jetzt haben Rektor Suchy und die politische Polizei ein viertes Mal zugeschlagen. Nach Artur Aschmoneit, Volker Franke und Uwe Koch erhielt jetzt auch U l r i k e H o l z eine Vorladung zum 14. (politischen) Kommissariat der Polizei. Auch ihr wird Hausfriedensbruch und Nötigung im Streik vorgeworfen.

Nun weiß jeder Streikteilnehmer, daß es im letzten Semester keinerlei Schlägerei oder sonstige Gewaltanwendung seitens der Streikposten gab.

Hier soll insgesamt ein in unserer Satzung verankertes Kampfmittel der Studenten kriminalisiert werden – der Streik.

In diesem Zusammenhang ist auch nicht verwunderlich, daß drei der vier Angezeigten damals in irgendeiner Funktion der Verfaßten Studentenschaft standen und wohl als solche getroffen werden sollen.

Gerade weil es nicht um vier Individuen geht, sondern um einen Angriff auf unser aller Rechte, haben die Fachschaften die Initiative zu einem Komitee gegen die Strafanzeigen ergriffen. Hier kann und soll jeder Kommilitone mitarbeiten, der

etwas für die Verteidigung der demokratischen Rechte an der Uni tun will.

Teach-in am Donnerstag 11⁰⁰

Als eine erste Aktion ist ein teach-in am Donnerstag im AStA geplant. Außerdem soll auf der nächsten Fakultätssitzung der Phil.-Fak. dieses Gremium zu den Anzeigen Stellung nehmen.

Abb. 8: Studenten-Anzeiger Nr. 1, 1977 (Universitätsarchiv Düsseldorf 1/5, 311)

Abb. 9: Plakat zur „Urabstimmung“ für den Studierendenstreik im Wintersemester 1977/1978 (Universitätsarchiv 1/5, 312)

Literatur

SPARING, Frank (2003). „... nicht mit verschwommenen, ideologisch verbrämten Vorstellungen wollen wir Hochschulreform betreiben, sondern einzig und allein sachbezogen.“ Die Studierenden der Universität Düsseldorf und die ‚außerparlamentarische Opposition‘ 1967/68“, in: Wolfgang WOELK *et al.* (Hrsg.). *Nach der Diktatur. Die Medizinische Akademie Düsseldorf vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis in die 1960er Jahre*. Essen, 393–424.